

Fernsprecher: 32722  
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden, A. 16, Holbeinstr. 40

# Sächsische Volkszeitung

Die Sächsische Volkszeitung erscheint täglich dreimal wöchentlich. **Bezugspreis** für Februar durch die Post 1200 M. **Verlagspreis**: Die Einzelhefte 100 M. für Familien- und Vereinsabnehmer, 120 M. für Einzelabnehmer. Die Einzelhefte 100 M. für Familien- und Vereinsabnehmer, 120 M. für Einzelabnehmer. Die Einzelhefte 100 M. für Familien- und Vereinsabnehmer, 120 M. für Einzelabnehmer.

**Einzelnummer 100 M.** **Abrechnung der Redaktion:** 5-6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich angegebene Anzeigen können mit der Redaktion nicht abgerechnet werden. **Abrechnung der Verleger:** 10-11 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich angegebene Anzeigen können mit der Redaktion nicht abgerechnet werden.

## Tageschau

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Landesregierungen dringend ersucht, besondere Lebensmittelkommissionen für jeden Schlachtlebendmarkt zu bilden, um an Zeit und Stelle unberechtigten Preissteigerungen entgegenzutreten.

Sämtliche preussische Volkswärter erhielten die Aufforderung, auf das genaueste die Warenpreise zu kontrollieren, bei denen trotz Senkung des Dollarkurses um mehr als 50 v. H. in der letzten Woche nirgends ein Preisrückgang zu bemerken sei.

Am Montag Morgen begannen im Reichsfinanzministerium unter Leitung aller Großbanken Verhandlungen wegen Aufnahme einer Goldmarkenleihe in Höhe von 200 Millionen.

Nach Davos wurde die Straße Gröden-Rosbach in der englischen Besatzungszone den französischen Behörden für den Kohletransport überlassen.

Der tschechische Finanzminister Dr. A. Rajsin ist am Sonntag in Prag gestorben.

## Thüringer Westwind!

Reaktion und Fortschritt! Wie nahe doch oft die beiden nebeneinander wohnen. Auf der ersten Seite der Freitagnummer der „Dresdner Volkszeitung“ prangt die löbliche Heberkeule. „Ein reaktionäres Schutzeschiff“ und auf der dritten Seite die wunderbare Antithese: „Ein fortschrittliches Schutzeschiff“. Der frische Thüringer Westwind weht uns allwöchentlich Neues aus dem schulpolitischen Musterland (?) auf den Tisch, bald eines der trefflichen Aufklärungsblätter über Republik und Schule (Wann würde man ihre Einführung bei uns gestalten?), bald ein Verordnungsblatt, in dem der Minister, Genosse Grell, sich mit herzerquickender Deutlichkeit an die Thüringer Lehrerschaft wendet, und jedes Vierteljahr außerdem ein Gesetzbuch, in dem in großgedruckter Weise der ganze Schulbau neu durchkonstruiert wird. Es tut sicher sehr wohl, wenn man nicht allein ist auf weiler Flur mit seinen Ideen nämlich; daraus ist die Stimmung des Kritikerschreibers immerhin zu verstehen. Aber was er dabei vom „schulpolitischen Musterland“ mit herzerquickender Deutlichkeit sagt und von dem vierteljährlichen Gesetzbüchlein, das dürfte wohl kaum uneingeschränkte Zustimmung und Anerkennung beanspruchen. Es mag immerhin sein, daß besonders dieses Schulverwaltungsorgan, von dem dort in der Hauptfrage die Rede ist, manchen Hebelhand aus dem Wege räumt, das Urteil darüber überlassen wir gern berufeneren Kennern der Praxis. Aber was als Hintergrund dieser Vereinfachungsbestrebungen nur zu deutlich durchschimmert, das ist die Vereinheitlichung der Erziehungs- und Unterrichtsverwaltung des Materials und des Sozialismus und nichts anderes. Sturz des alten Heberkommens und Einführung eines Neuen, für dessen Güte man nicht die geringste Gewähr hat.

Das schimmert am besten in den Sähen durch, die über die Schulleiterwahl handeln. Das Thüringer Gesetz bestimmt, daß der Schulleiter unter Mitwirkung von Elternschaft und politischer Gemeinde von der obersten Schulbehörde ernannt wird. Obgleich der Schreiber hieran die sehr berechtigte Befürchtung knüpft, daß diese Bestimmung einen Rückschritt gegenüber den sächsischen Verhältnissen bedeute, wenn man die Möglichkeit einer reaktionären Regierung ins Auge faßt, so kommt er doch zu dem bezeichnenden Ergebnis, daß wir bei der Wahl der Schulleiter der höheren Schulen durch den Lehrkörper auch in hundert Jahren noch keinen sozialistischen Gehirnen und vielleicht höchstens fünf Prozent demokratisch eingestellte Schulleiter besitzen werden. Deutlicher kann man es doch bald nicht mehr ausdrücken, daß die ganze sozialistische Schul- oder „Kulturpolitik“ kein anderes Ziel verfolgt, als Lehrern sowohl wie Schülern die sozialistische Weltanschauung mit allen Gründen der Pädagogik einzupflanzen. Die Beförderung, was in hundert Jahren an deutschen Schulen für ein Gift herrschen wird, erscheint uns doch immerhin ziemlich überflüssig. Denn entweder besteht die Möglichkeit, daß die heutigen Gewaltthäter in Thüringen ihre sozialistischen Ideen auf schulpolitischen Gebiete bis zur letzten Konsequenz wirklich in die Tat umsetzen, und dann wird diese sozialistische Reinkultur in kürzester Zeit bis zur Reife abgewirksam haben, oder aber es kommt überhaupt nicht so weit, und dann ist diese Sorge erst recht unbegründet.

Wenn man über verwaltungstechnische Fragen sich unterhält, dann ist man auch auf dieser Seite noch an eine gewisse Sachlichkeit gebunden, die aber sofort wieder aufhört, sobald die sozialistischen Ideale jedweden Gedanken mit einer mitunter etwas zu starken Schwärmegeister bezeugen. Der Verfasser des kurzen Artikels kann sich dieser Aufgabe auch nicht entziehen, schließt die Rede mit der Hoffnung, daß die Thüringische Gesetzgebung auf schulpolitischen Gebieten in Sachsen baldigt Nachahmung finden möge, „damit der mittelalterliche Wall gegen die

## Deutsche Minister im Ruhrgebiet

Dortmund, 18. Februar. Trotz aller französischen und belgischen Verbote ist ein deutscher Minister nach dem anderen in das Ruhrgebiet gefahren, um dort die Fühlung mit der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Am Sonntag weichte hier der preussische Minister des Innern Severing, der vor Vertretern der Industrie, der Gewerkschaften und Behörden zu einigen wichtigen Fragen der Besetzung Stellung nahm. Der Minister gab seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß die Widerstandskraft nach wie vor ungebrochen ist. Er erklärte, daß die preussische Regierung alles tun werde, was in ihren Kräften steht, um die Bevölkerung in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Der Minister Severing wandte sich bei dieser Gelegenheit gegen einige über ihn angebrachte Falschmeldungen, die von allen Anwesenden mit Entschiedenheit zurückgewiesen wurden. Der Minister fuhr von hier nach Solingen, wo er heute in einer von den Engländern gestellten öffentlichen Versammlung gesprochen hat.

Essen, 19. Februar. Im nördlichen Gebiete ist jetzt auch der Reichsverkehrsminister Meißner erschienen, um mit den Eisenbahnerorganisationen die gegenwärtige Lage zu besprechen. Die Vertreter sämtlicher Organisationsrichtungen der Eisenbahner erklärten, daß die französischen Verbote nicht unterzeichnet würden. Ferner wurde dem Verkehrsminister ein französischer Befehl an die Reichsbahnstellen unterbreitet, wonach den Reichsbahnstellen die Gehaltsabnahmen an der Eisenbahn verboten sind. Zahlungen an öffentliche Beamtenorganisationen haben die Franzosen gestoppt. Der Minister konnte mitteilen, daß auch diese Gewaltmaßnahmen durch entsprechende Vorbereitungen illusorisch gemacht worden seien. Auch die Frage der Hebernahme eines Teiles der englischen Eisenbahnen durch die Franzosen wurde gestreift. Es wurde im Eisenbahnen sämtlicher Parteirichtungen eine Entschließung gefaßt, der Verleib bis zum äußersten weiterzuführen, jedoch nicht unter Oberhoheit der Franzosen.

### Zur Verhütung weiterer deutscher Ministerbesuche im Ruhrland

Paris, 19. Februar. In Paris wird gemeldet: Zur Verhütung weiterer deutscher Ministerbesuche im Ruhrgebiet ist die Verhängung hoher Geldstrafen über die Lokale geplant, die den Ministern Wohnung geben.

### Eine Unterredung mit dem Reichskanzler

London, 19. Februar. Der Korrespondent der „Sunday Times“ in Berlin hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning über die Ereignisse im Ruhrgebiet. Auf die Frage, ob er an Friedensmöglichkeiten glaube, antwortete der Kanzler, daß das nicht von der deutschen Regierung abhängt. Die Franzosen hätten die Antwort in der Hand auf die Frage, ob er an irgend eine Intervention von dritter Seite glaube, antwortete der Kanzler beiführend und frante dann den Journalisten, ob er die Ansicht vertrete, daß England etwas tun solle. Der Journalist antwortete, daß England die Neutralität wahren sollte und daß seine Politik im Ruhrgebiet die Neutralität wahren sollte. Der Kanzler fuhr fort: Ich möchte, daß man sich in England darüber Rechenschaft ablege, daß die Annahme der Franzosen vier Jahre nach der Unterzeichnung des Friedens erfolgte. Die Annahme ist der erste entscheidende Schritt zur wirtschaftlichen und politischen Degeneration. Die wirtschaftliche Bestrafung des arabischen Gebietes überdeckt die durch eine Wacht, die auf Grund des Friedensvertrages von Versailles bereits das arabischen Gebiet überdeckt. Das Kontinental ist für die deutsch-französische Frage in ein Problem verandelt, dessen Folgen so schwer und unheilvoll sind, daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt nicht gleichgültig bleiben dürfte.

### Unannehmerliche Notizen in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, 19. Februar. Die Notizen der Franzosen über den Verlauf der letzten Verhandlungen am Wallstein, die es wurde frühmorgens um 8 Uhr vollständig beendet. Die Schwestern und die Arbeiter wurden sämtlich auf die Straße geworfen, viele davon verletzt und nur ein paar hundert blieben zurück. Die armen Menschen und ihre Familien wurden in die Straßen geworfen. Die Notizen sind so schlimm, daß man sich nicht vorstellen kann, daß die Schutzhäuser von Gelsenkirchen in der Nähe eingeschlossen ist, ob sich dort vorbereiten hat, um der Entlassung zu entsagen.

### Nach Re.-Präf. Grüner ausgewiesen

Düsseldorf, 18. Februar. Regierungspräsident Dr. Grüner ist verhaftet und ausgewiesen worden.

Wächte der Finsternis die innere Stärkung erhält die er so kühn und brav durch. Das sind vielleicht ganz schmerzhaft, aber notwendig für die Menschheit, den „mittelalterlichen Wall“ mit den Wächtern der Finsternis in irgend ein laiches Verhältnis zu bringen. An verantwortlicher Stelle im Ruhrgebiet ist man sich über die Verantwortlichkeit der Thüringischen Politik auf jeden Fall nicht so ganz einig, als ob die sächsische Regierung nun gerade als Speerspitze in die Reihen dieses weltlichen Nachbarn treten müßte, ganz abgesehen davon, daß und gerade der Weltwind weht recht kräftig von Thüringen her zuecht. Das Vorgehen der sozialistischen Regierungen ist mit erfreulicher Deutlichkeit im Ruhrgebiet bei Beratung des Stabs des Innenministeriums vom Zentrumsgeneraldirektor Universitätsprofessor Dr. A. Schreiber sehr richtig bezeichnet worden als eine Kompromittierung des liberalen Gedankens. Der liberale Gedanke darf nicht für die kulturpolitische Rückständigkeit mißbraucht werden. Offenbar versteht man in Sachsen und Thüringen auch diese feine Mahnung, die in so erster Stunde

### Befegung des Bahnhofes Gelsenkirchen-Bismarck

Gelsenkirchen, 18. Februar. Gestern mittag wurde auch der Bahnhof Gelsenkirchen-Bismarck von französischen Truppen besetzt. Wie auf dem Hauptbahnhof werden auch hier die ankommenden Reisenden untersucht, der Personenerwerb ist untersagt. Vor dem Rathaus in Gelsenkirchen sind 18 Panzerfahrzeuge angesetzt, die Post und das Finanzamt sind mit Truppen besetzt.

### Frauen und Kinder werden erschossen!

Dortmund, 18. Februar. Auf der zur Deutsch-Französischen Eisenbahn- und Hütten-A.G. gehörenden Halbinsel „Brinsregent“ erschienen heute mittag fünf Franzosen, um dort in Befehlsnahmen. Sie beluden einen Wagon, der aber von der Bevölkerung nicht herausgelassen wurde. Die Franzosen verbotenen die Ausfahrt, indem sie das Tor des Bahnhofes schlossen. Die Franzosen entkamen sich, lebten aber halb darauf mit Verstärkung zurück und feuerten blindlings durch das beschlossene Tor. Dabei wurde ein französischer Panzerwagen zerstört so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Zerstörung in den Straßensand fiel. Der Arbeiter Schütz erhielt einen Streifenhieb am Kopf.

Essen, 18. Februar. Von Essen sind in der Nacht, daß ein Panzer auf eine Frau schob und sie schwer verletzte. Die Bauernwerke wurde in der Nähe von Essen ankommen.

### Die Selbstwehr der Essener Schupo

Essen, 18. Februar. Als vorerstern nachmittag auf der Altenhofer Straße ein französischer Militär einen Schupo besaß, der ihn nicht grüßte, mit der Waffe ins Gesicht schlug, sah der Schupo keinen Grund, sich zu wehren und ließ die Franzosen schmerzlos weiterziehen. Die Schupo hat sich ein weiteres Mal selbst wehren müssen. Die Schupo haben vier französische Soldaten erschossen. Die Soldaten wollten den Schupo von der elektrischen Straßenbahn herunterziehen und entführen. Der Schupo setzte sich zur Wehr und tötete auf einen Soldaten einen Schuß ab, worauf sich die übrigen zurückzogen.

### Eine neue Methode der Franzosen in Baden

Offenburg, 18. Februar. Die Lage im besetzten badischen Gebiete hat sich seit heute nachmittag merklich geändert. Nachdem schon in den letzten Tagen die französischen Truppen aus einer ganzen Reihe sächsischer Orte vertrieben worden waren, ist heute auch in Offenburg ein verheerendes Ereignis die Durchnahme der Mägen erfolgt. Seit heute mittag kann man beobachten, daß die nach vertriebenen Truppen bei französischen Besatzungsbahnen eine Menge stehen, während sie bisher mit aufgeschaukeltem Bajonett ihren Dienst verrichteten. Man will annehmen, daß die Besatzung und Arbeiter für die Wiederherstellung des Verkehrs, die von den Franzosen angesetzt wird, gewalttätig werden. Aktuell befinden sich hier auch sächsische Eisenbahner, die morgen den Verkehr über Offenburg nach West einrichten sollen. Wie berichtet wird, bemühen sich die Franzosen, auf das deutsche Personal einzuwirken, damit es den Dienst wieder aufnimmt. Das Personal beehrt aber nach wie vor auf der rechten Seite der Mägen von den sächsischen Besatzungsbahnen. Für die Einrichtung einer Postlinie werden die erforderlichen Maßnahmen getroffen.

### Treu um Treue

Berlin, 18. Februar. Der Reichskanzler hat am Freitagabend in der Reichstagskammer folgende Rede gehalten: Mit tiefer Entrüstung erlaube ich mir von dem arabischen und menschlichen Recht ins Gesicht schlagenden Anschlag fremder Friedensbrecher. Das gesamte deutsche Volk steht mit einem Herzen bei uns. Die Verhaftung der Franzosen ist ein Akt der Gerechtigkeit. Die Verhaftung der Franzosen ist ein Akt der Gerechtigkeit. Die Verhaftung der Franzosen ist ein Akt der Gerechtigkeit.

### Englands Unabgeschlossenheit

Paris, 18. Februar. Nach den bisherigen Verhandlungen über die Heberfassung von Eisenbahnstrecken an die Franzosen im englischen Besatzungsgebiet kommen 2 oder 3 weitere Strecken in Frage.

aus beruflichem Munde kam. Man hat heute mehr denn je die Pflicht, Verantwortlichkeit wollen zu lassen auf allen Gebieten und die einzelnen Verantwortlichen nicht nach mehr in verantwortlicher Stellung und Verantwortlichkeit zu treffen. Man sollte dafür, daß die Antwort, die alle deutschen Länder in wirtschaftlicher und geistesgeschichtlicher Beziehung zu einem Reich zusammenfassen und uns stützend und lebendig überträgt, nicht durch unkluge Tatenlosigkeit neue Mitleid erheben können, sondern durch einen Willen von allen Schichten und Mächten des deutschen Volkes. Man sollte sich endlich dafür, daß diese sozialistisch-kommunistischen Interventionen im sächsischen Lande eine ernste Arbeit am Wohle des Volkes sein müssen. Jetzt bietet sich für die sächsische Sozialdemokratie eine neue Gelegenheit, zu beweisen, inwiefern ihr das Wohl des gesamten sächsischen Volkes am Herzen liegt. Oder wir laue soll die Mägen auf die Bahnenmassen nach den geraden Weg der Verunft und Gerechtigkeit versperrt, der doch einzig und allein zum Ziele und zum Frieden führt?